

Nr. 33/2026
vom 16. September 2026

FinanzKommission Gesundheit: "Hin und Her schadet Standort!"

- Arzneimittelpolitik braucht Orientierung
- Effizienz im Gesundheitssystem stärken
- Überregulierung und Bürokratisierung gefährden Versorgung

Vor dem Fachgespräch der FinanzKommission Gesundheit zur „Effizienz in der Arzneimittelvergütung“ am 17. September fordert der vfa mehr Verlässlichkeit in der Arzneimittelpolitik. Gefragt ist ein klarer Gesamtkurs für Versorgung, Innovation und Standort.

„Wenn wir über Effizienz sprechen, sollten wir auch auf den politischen Prozess schauen“, sagt vfa-Präsident Han Steutel. „Erst die FinanzKommission, dann das GKV-Beitragssatz-stabilisierungsgesetz, anschließend die Arbeiten an einer Standortklausel, parallel die Diskussion über eine grundlegende Reform der Arzneimittelpreisbildung und jetzt erneut die FinanzKommission: Dieses Hin und Her schafft Unsicherheit und hat bereits erhebliche Begleitschäden für den Pharmastandort Deutschland verursacht. Deshalb brauchen wir jetzt einen klaren Kurs.“

Arzneimittel bereits eng reguliert

Aus Sicht des vfa sollte sich die FinanzKommission vor allem mit den strukturellen Effizienzreserven im Gesundheitssystem befassen, etwa im Krankenhausbereich, durch stärkere Prävention und bei den Krankenkassen. Die Arzneimittelversorgung unterliegt bereits einer dichten Regulierung mit Nutzenbewertung, Preisverhandlungen und weiteren Instrumenten.

Seite 1/3

Rückfragen an:

Dr. Jochen Stemmler
Telefon 030 20604-203
j.stemmler@vfa.de

Charlottenstraße 59
10117 Berlin
Telefon 030 206 04-0
www.vfa.de

Bewertungssystem nicht erneut verändern

Seite 2/3

Diskutiert wird von der FinanzKommission unter anderem das Konzept einer zusätzlichen Kosten-Nutzen-Bewertung (KNB). Das bestehende AMNOG-Verfahren verbindet jedoch bereits die Bewertung des medizinischen Zusatznutzens mit der anschließenden Preisverhandlung. Eine neue Bewertungsebene würde also mehr Bürokratie und eine weitere Hürde für den frühen Zugang zu Innovationen schaffen. Gerade bei seltenen Erkrankungen und Patientengruppen mit hohem medizinischem Bedarf wirft eine KNB zudem schwierige Versorgungsfragen auf.

Pressemitteilung
Nr. 33/2026
vom 16. September 2026

Auch erneute Bewertungen von Arzneimitteln stehen zur Diskussion. Dabei ist das längst Alltag: 63 Prozent der AMNOG-Verfahren der vergangenen Jahre betrafen Arzneimittel, die bereits zuvor bewertet worden waren. Für die meisten Arzneimittel löst das bestehende Preisregulierungsverfahren bereits heute eine Preisspirale nach unten aus.

„Jetzt braucht es einen verlässlichen Kurs, der sich an den strategischen Erfordernissen der Zeit ausrichtet“, sagt Steutel. „Vor allem muss Deutschland den Zugang zu medizinischen Innovationen sichern. Die US-Preispolitik verschärft den internationalen Wettbewerb zusätzlich. Umso wichtiger ist es, Fehlsteuerungen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes zu korrigieren und die Rahmenbedingungen so auszurichten, dass neue Therapien schnell bei den Patientinnen und Patienten ankommen und Investitionen in Deutschland planbar bleiben.“

Mehr zum AMNOG-Konzept des vfa: [AMNOG-Reform: Arzneimittelversorgung und Innovation sichern](#)

Service für die Redaktionen:

Die **FinanzKommission Gesundheit** ist ein vom Bundesgesundheitsministerium eingesetztes Expertengremium. Ihm gehören zehn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Ökonomie, Medizin, Sozialrecht, Ethik und Prävention an. Im März 2026 legte es 66 Empfehlungen zur Stabilisierung der GKV-Beiträge ab 2027 vor. Auf dieser Grundlage brachte die Bundesregierung das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz auf den Weg. Bis Ende 2026 soll die Kommission weitere Vorschläge für mittel- und langfristige Strukturreformen vorlegen.

Deutschland. Er vertritt die Interessen von 50 weltweit führenden Herstellern und ihren rund 90 Tochter- und Schwesterfirmen in der Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik. Die Mitglieder des vfa stehen für mehr als die Hälfte des deutschen Arzneimittelmarktes und beschäftigen in Deutschland rund 100.000 Mitarbeiter:innen. Rund 20.000 davon arbeiten in Forschung und Entwicklung.

Folgen Sie uns auf unseren Social Media Kanälen:

[LinkedIn](#)

[Instagram](#)

[YouTube](#)

Seite 3/3

Pressemitteilung

Nr. 33/2026

vom 16. September 2026